

Kantonsrat Schaffhausen

Protokoll der 2. Kantonsratssitzung

vom 16. Januar 2017, 14.00 Uhr im Kantonsratssaal in Schaffhausen

Vorsitz Thomas Hauser

Protokoll Martina Harder und Catarina Mettler

Während der ganzen Sitzung abwesend (entschuldigt):
Kurt Zubler.

<i>Traktanden</i>	<i>Seite</i>
26. Wahl des Obergerichts	34
27. Wahl der Vizepräsidentin des Kantonsgerichts	35
28. Wahl des Kantonsgerichts	35
29. Wahl der Präsidentin der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde	36
30. Wahl der Mitglieder der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde	36
31. Wahl des Präsidenten der Rechtspflegekommission für die Justizverwaltung	37
32. Wahl der Mitglieder der Rechtspflegekommission für die Justizverwaltung	37
33. Inpflichtnahme der Obergerichtspräsidentin und des Kantonsgerichtspräsidenten	38
34. Wahl der Ersatzrichter bzw. Ersatzrichterrinnen des Obergerichts	38
35. Wahl der Ersatzrichter bzw. Ersatzrichterrinnen des Kantonsgerichts	39
36. Wahl der Ersatzmitglieder der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde	39

37. Wahl der Ersatzmitglieder der Rechtspflegekommission für die Justizverwaltung	40
38. Wahl des Ersten Staatsanwalts	41
39. Wahl der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte	41
40. Inpflichtnahme des Ersten Staatsanwalts	42
41. Wahl der Friedensrichterinnen und Friedensrichter	42
42. Wahl des Leiters der Finanzkontrolle	43

Ordentliche Traktanden:

1. Bericht und Antrag des Büros des Kantonsrats betreffend Erhöhung des Sitzungsgeldes des Kantonsrats vom 7. Dezember 2016	44
---	----

*

Mitteilungen des Präsidenten:

Die heute Morgen eingesetzten Wahlbüros bleiben für die Nachmittagssitzung bestehen.

*

26. Wahl des Obergerichts

Die Wahlvorschläge sind bekannt.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Wahlresultat

Ausgeteilte Wahlzettel	58
Eingegangene Wahlzettel / Stimmen	58 x 2 = 116
Ungültig und leer	31
Gültige Stimmen	85
Absolutes Mehr	22

Es haben Stimmen erhalten und sind **gewählt**:

Cornelia Stamm Hurter	34
Marlies Pfeiffer	46
Vereinzelte	5

*

27. Wahl der Vizepräsidentin des Kantonsgerichts

Vorgeschlagen ist **Eva Bengtsson**.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Wahlresultat

Ausgeteilte und eingegangene Wahlzettel		57
Ungültig und leer		5
Gültige Stimmen		52
Absolutes Mehr	27	
Es hat Stimmen erhalten und ist gewählt :		
Eva Bengtsson		51
Vereinzelte		1

*

28. Wahl des Kantonsgerichts

Die Wahlvorschläge sind bekannt.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Wahlresultat

Ausgeteilte Wahlzettel		59
Eingegangene Wahlzettel / Stimmen	59 x 2 =	118
Ungültig und leer		15
Gültige Stimmen		103
Absolutes Mehr	26	

Es haben Stimmen erhalten und sind **gewählt**:

Manuela Hardmeier	48
Nicole Hengärtner-Hebden	45
Vereinzelte	10

*

29. Wahl der Präsidentin der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde

Vorgeschlagen ist die bisherige Amtsinhaberin, **Christine Thommen**.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Wahlresultat

Ausgeteilte und eingegangene Wahlzettel	59
Ungültig und leer	8
Gültige Stimmen	51
Absolutes Mehr	26

Es hat Stimmen erhalten und ist **gewählt**:

Christine Thommen	37
Vereinzelte	14

*

30. Wahl der Mitglieder der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde

Die Wahlvorschläge sind bekannt.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Wahlresultat

Ausgeteilte Wahlzettel	59
Eingegangene Wahlzettel / Stimmen	59 x 3 = 177
Ungültig und leer	21
Gültige Stimmen	156
Absolutes Mehr	27

Es haben Stimmen erhalten und sind **gewählt**:

Denise Freitag	51
Brigitte Meier	32
Monika Reale	31
Vereinzelte	42

*

31. Wahl des Präsidenten der Rechtspflegekommission für die Justizverwaltung

Vorgeschlagen ist **David Werner**.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Wahlresultat

Ausgeteilte und eingegangene Wahlzettel	59
Ungültig und leer	3
Gültige Stimmen	56
Absolutes Mehr	29

Es hat Stimmen erhalten und ist **gewählt**:

David Werner	54
Vereinzelte	2

*

32. Wahl der Mitglieder der Rechtspflegekommission für die Justizverwaltung

Die Wahlvorschläge sind bekannt.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Wahlresultat

Ausgeteilte Wahlzettel		59
Eingegangene Wahlzettel / Stimmen	59 x 2 =	118
Ungültig und leer		12
Gültige Stimmen		106
Absolutes Mehr	27	
Es haben Stimmen erhalten und sind gewählt :		
Arnold Marti		49
Werner Oechslin		47
Vereinzelte		10

*

33. Inpflichtnahme der Obergerichtspräsidentin und des Kantonsgerichtspräsidenten

Obergerichtspräsidentin Annette Dolge und **Kantonsgerichtspräsident Markus Kübler** leisten das Amtsgelübde und werden vom **Ratspräsidenten** in Pflicht genommen.

*

34. Wahl der Ersatzrichter bzw. Ersatzrichterrinnen des Obergerichts

Die Wahlvorschläge sind bekannt.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Wahlresultat

Ausgeteilte Wahlzettel		59
Eingegangene Wahlzettel / Stimmen	59 x 5 =	295
Ungültig und leer		38
Gültige Stimmen		257
Absolutes Mehr	26	

Es haben Stimmen erhalten und sind **gewählt**:

Sonja Hammer	55
Markus Hugentobler	49
Beat Keller	45
Beat Sulzberger	47
Kathrin Wurster	51
Vereinzelte	10

*

35. Wahl der Ersatzrichter bzw. Ersatzrichterrinnen des Kantonsgerichts

Die Wahlvorschläge sind bekannt.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Wahlresultat

Ausgeteilte Wahlzettel	58
Eingegangene Wahlzettel / Stimmen	58 x 3 = 174
Ungültig und leer	20
Gültige Stimmen	154
Absolutes Mehr	26

Es haben Stimmen erhalten und sind **gewählt**:

Andrea Berger	53
Christoph Brassel	48
Michèle Hubmann Trächsel	47
Vereinzelte	6

*

36. Wahl der Ersatzmitglieder der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde

Die Wahlvorschläge sind bekannt.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Wahlresultat

Ausgeteilte Wahlzettel		57
Eingegangene Wahlzettel / Stimmen	57 x 6 =	342
Ungültig und leer		57
Gültige Stimmen		285
Absolutes Mehr	24	
Es haben Stimmen erhalten und sind gewählt :		
Verena Anliker		48
Esther Bayer Bürgi		45
Francisco Pavone		46
Anita Schmid		46
Rahel Schuppli		47
Tobias Wiedmer		47
Vereinzelte		6

*

37. Wahl der Ersatzmitglieder der Rechtspflegekommission für die Justizverwaltung

Die Wahlvorschläge sind bekannt.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Wahlresultat

Ausgeteilte Wahlzettel		57
Eingegangene Wahlzettel / Stimmen	57 x 3 =	171
Ungültig und leer		26
Gültige Stimmen		145
Absolutes Mehr	25	
Es haben Stimmen erhalten und sind gewählt :		
Veronika Heller		45
Andreas Lindenmeyer		49
Jürg Ullmann		48
Vereinzelte		3

38. Wahl des Ersten Staatsanwalts

Linda De Ventura (AL) tritt in den Ausstand.

Vorgeschlagen ist der bisherige Amtsinhaber, **Peter Sticher**.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Wahlresultat

Ausgeteilte und eingegangene Wahlzettel		57
Ungültig und leer		1
Gültige Stimmen		56
Absolutes Mehr	29	
Es hat Stimmen erhalten und ist gewählt :		
Peter Sticher		51
Vereinzelte		5

*

39. Wahl der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte

Linda De Ventura (AL) tritt in den Ausstand.

Die Wahlvorschläge sind bekannt.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Wahlresultat

Ausgeteilte Wahlzettel		57
Eingegangene Wahlzettel / Stimmen	57 x 10 =	570
Ungültig und leer		54
Gültige Stimmen		516
Absolutes Mehr	26	

Es haben Stimmen erhalten und sind **gewählt**:

Aska Ebizuka	52
Martina Fankhauser	53
Roland Flüeler	53
Monika Jehli	52
Rahel Jenzer	51
Dominique Kübler	51
Evelyne Steiner	51
Thomas Rapold	48
Carol Ritter	52
Marcel Schenker	50
Vereinzelte	3

*

40. Inpflichtnahme des Ersten Staatsanwalts

Der **Erste Staatsanwalt Peter Sticher** leistet das Amtsgelübde und wird vom **Ratspräsidenten** in Pflicht genommen.

*

41. Wahl der Friedensrichterinnen und Friedensrichter

Die Wahlvorschläge sind bekannt.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Wahlresultat

Ausgeteilte Wahlzettel	59
Eingegangene Wahlzettel / Stimmen	59 x 4 = 236
Ungültig und leer	14
Gültige Stimmen	222
Absolutes Mehr	28

Es haben Stimmen erhalten und sind **gewählt**:

Gina Eichenberger	55
Elisabeth Oertel	59
Martin Fischer	49
Stefanie Stauffer Brandenberger	55
Vereinzelte	4

*

42. Wahl des Leiters der Finanzkontrolle

Vorgeschlagen ist der bisherige Amtsinhaber, **Patrik Eichkorn**.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Wahlresultat

Ausgeteilte und eingegangene Wahlzettel	57
Ungültig und leer	4
Gültige Stimmen	53
Absolutes Mehr	27
Es hat Stimmen erhalten und ist gewählt :	
Patrik Eichkorn	50
Vereinzelte	3

*

Kantonsratspräsident Thomas Hauser (FDP): An der Kantonsratssitzung vom 12. Dezember 2017 wurde Ihnen mitgeteilt, dass am Nachmittag der konstituierenden Sitzung, sollten die Wahlen zeitig abgeschlossen werden, die Sitzung bis um 17.00 Uhr weitergeführt und reguläre Traktanden abgehandelt werden. Dieser Fall ist eingetreten, weshalb wir nun mit der ordentlichen Traktandenliste fortfahren.

1. Bericht und Antrag des Büros des Kantonsrats betreffend Erhöhung des Sitzungsgeldes des Kantonsrats vom 7. Dezember 2016

Grundlage: Amtsdrukschrift 16-154

Eintretensdebatte

1. Vizepräsident Walter Hotz (SVP), Sprecher des Büros: Der Mythos vom Gemeinsinn und Opfersinn im Staat ist im heutigen Zeitgeist am Verblässen. Wenn ich einen Blick in den Saal werfe, hält sich mein Bedauern in Grenzen. Ich sehe weder Verlierer noch Gewinner. Es ist nun einmal eine Tatsache, dass sich unser Verhältnis zur politischen Gemeinschaft im Wohlfahrtsstaat verwirtschaftlicht hat. Das wirtschaftliche Sein bestimmt unser politisches Bewusstsein und demzufolge auch unser Engagement für das Gemeinwohl. Wir arbeiten als Kantonsräte im Kantonsparlament. Von der zeitlichen Belastung her sind die kantonalen Parlamentarier Milizparlamentarier. In unserem Kanton dürfte es sich um ein Pensum handeln, dass für die einen weniger als, beziehungsweise für die anderen mehr als zehn Prozent einer Vollzeittätigkeit ausmacht. Gerade um unser Milizsystem zu stärken, braucht es eine gerechte Entschädigung. Wir werden nie eine Regelung für eine gerechte Entschädigung für den einzelnen Parlamentarier finden. Zu unterschiedlich sind die Herkunft, das zeitliche Engagement und die beruflichen Voraussetzungen. Nun ist man selten zufrieden mit dem, was man hat. Dies gilt nicht nur für das Kollektiv, sondern auch für die Individuen. Nach meinem Dafürhalten ist es auch durchaus richtig, dass das Büro nie aufhört nach Verbesserungen und Besserem zu suchen. Kritik des Bestehenden oder eine Verbesserung davon ist in einer Demokratie nötig.

Wir könnten den heutigen Entschädigungszustand an einem Idealzustand messen, wie wir ihn gerne hätten. Das Problem dabei ist, dass es für die kollektive Ebene keinen goldenen Mittelweg dafür gibt, was ein idealer Entschädigungszustand sein soll. Selbst wenn es diesen gäbe, wäre es ungewiss, ob man ihn je erreichen würde. Eine Entschädigungsform für einen Milizparlamentarier, mit der alle zufrieden sind, alle partizipieren und alles funktioniert, hat es nie gegeben und wird es nie geben. Was aber nicht heisst, dass der Idealentschädigungszustand gewissermassen als Leitstern dienen kann, in dessen Richtung man sich bewegen soll. Beurteilen Sie den bestehenden und vergleichen Sie ihn mit dem angestrebten Entschädigungszustand, den das Büro vorschlägt, und dann beurteilen Sie, welcher Weg einzuschlagen ist.

Ich kann an dieser Stelle darauf verzichten, Beispiele von verschiedenen anderen Kantonen zu nennen. Arnold Isliker wird das übernehmen. Dem Büro ist klar, dass wir für eine kleinere Mehrheit der Parlamentarier von

einem Sitzungsgeld im wahrsten Sinn des Worts sprechen. Für die restliche Mehrheit sprechen wir von einer Aufwandsentschädigung. Wenn Sie alle nämlich Ihren Auftrag gemäss Verfassung des Kantons Schaffhausen vom 17. Juni 2002, Art. 55 Abs. 1, in dem steht: «Der Kantonsrat übt die Oberaufsicht über den Regierungsrat, die Verwaltung und die anderen Träger öffentlicher Aufgaben sowie die Gerichtsbehörden.» ernst nehmen, so werden Sie vom zeitlichen Aufwand her nicht mehr von einem Sitzungsgeld sprechen, sondern von einer Aufwandsentschädigung. Die zeitliche Belastung für jeden einzelnen von uns ist nämlich enorm, sofern man sein Mandat ernst nimmt.

Das Milizsystem muss in der Schweiz und in unserem Kanton erhalten und gestärkt werden. Dazu gehören Kooperationsfähigkeit, Konsensfähigkeit, Solidarität, kollektive Aktionsfähigkeit und eine angemessene Aufwandsentschädigung. Stimmen Sie dem Bericht und Antrag des Büros betreffend die Erhöhung des Sitzungsgeldes des Kantonsrats zu. Eine Anpassung des Sitzungsgeldes wird auf längere Sicht zum Vorteil aller sein, da es sich im Gemeinwohl auf längere Sicht auszahlt. Das Büro hat grossmehrheitlich der genannten Vorlage zugestimmt.

Regula Widmer (GLP): Die GLP-EVP-Fraktion hat sich mit dem Thema Erhöhung der Sitzungsgelder nur am Rand befasst. Wir sind der Überzeugung, dass der Zeitpunkt, über eine Erhöhung zu sprechen, nie der richtige ist. In der aktuellen Situation sind wir aber klar der Meinung, dass der Zeitpunkt falsch ist. In der letzten Legislatur ging es in vielen Ratssitzungen um das Entlastungsprogramm 2014. Wir hatten zu diesem Thema etliche Abstimmungen. Wir wollten oder haben bei den Schülerinnen und Schülern, bei den Familien, den Pflegebedürftigen, den Kranken, den Pendlern – bei praktisch allen Bevölkerungsschichten – den Rotstift angesetzt. Nun wollen wir als Belohnung – die Frage stellt sich auch wofür – bei uns eine Erhöhung des Sitzungsgeldes in Betracht ziehen. Aus unserer Sicht ist es ein Privileg, Teil dieses Rats zu sein und über die Zukunft unseres Kantons mitbestimmen zu dürfen. Wir sind uns bewusst, dass 180 Franken die geleistete Arbeit nicht adäquat entschädigen. Wir weisen Sie gerne auch darauf hin, dass nicht nur die Sitzungsgelder des Kantonsrats, sondern auch die Entschädigungen aller anderen Kommissionen betroffen wären. Walter Hotz hat es bereits angetönt. Wir sprechen hier von einem Sitzungsgeld. Wir sind der Meinung, dass wir weder bequemer noch länger sitzen und die Effizienz sich bei einer Erhöhung von zwanzig Franken auch nicht erhöhen wird. Unsere Fraktion wird dem Antrag des Büros mehrheitlich nicht folgen.

Pentti Aellig (SVP): Eigentlich habe ich mir vorgenommen, im ersten Amtsjahr noch nichts zu sagen, aber ich wurde von meiner Fraktion als

Sprecher für diesen Antrag vorgesehen. Das Büro des Kantonsrats beantragt eine Erhöhung des Sitzungsgeldes von 180 auf 200 Franken. Es gibt unzählige Gründe, dies abzulehnen. Ich möchte nur drei davon erwähnen. Erstens müssen wir diesen Antrag nur schon aus Imagegründen ablehnen. Wollen wir tatsächlich als frisch gewählte oder wiedergewählte Kantonsräte gleich an der ersten Sitzung unser Sitzungsgeld erhöhen? Ich bin der Ansicht, dass das beim Souverän relativ schlecht ankommen würde. Zweitens ist die Finanzlage momentan angespannt. Die Lage mag sich vielleicht ein wenig entspannt haben, dennoch haben wir grosse Sparrunden hinter uns und angesichts des momentanen strukturellen Defizits ist es schlicht der falsche Zeitpunkt, um eine Selbsterhöhung unseres Sitzungsgeldes vorzunehmen. Drittens sind wir überzeugte Milizpolitiker und sitzen ganz bestimmt nicht wegen des Geldes hier. Ich bin mir bewusst, dass wir Parlamentarier im *Benchmark* mit den anderen Kantonen etwas unterbezahlt sind. Zwanzig Franken mehr oder weniger sollten jedoch keine Rolle spielen. Mein Hinweis an alle Ratskollegen: Je weniger Staatsgeld man bezieht, desto näher fühlt man sich bei der Bevölkerung.

Die SVP-EDU-Fraktion empfiehlt nach intensiver Diskussion, den Antrag zur Erhöhung des Sitzungsgeldes abzulehnen. Jenen Ratsmitgliedern, die auf die zwanzig zusätzlichen Franken angewiesen sind, empfehle ich, zu Hause eine Erhöhung des Sackgeldes zu beantragen.

Beat Hedinger (FDP): Was ist die Arbeit eines Kantonsrats oder einer Kantonsrätin wert? Diese Frage kann man sich stellen, wenn es um die Erhöhung des Sitzungsgeldes des Kantonsrats geht. Die bisherigen Kantonsräte wissen, dass einem das seriöse Studium der Unterlagen und die seriöse Vorbereitung der Geschäfte einer Kantonsratssitzung sicher fünf bis sieben Stunden Zeit abverlangen. Dazu kommen regelmässige Fraktionssitzungen und schliesslich noch die Kantonsratssitzungen selbst. Ohne zu übertreiben, kann man sagen, dass eine Kantonsratssitzung von einem Mitglied einen zeitlichen Aufwand von mindestens zehn bis zwölf Stunden verlangt. Zieht man ausserdem in Betracht, dass Selbstständigerwerbende während mehr als zwanzig Halbtagen auf verrechenbare Arbeiten verzichten, scheint eine Erhöhung des Sitzungsgeldes von 180 auf 200 Franken grundsätzlich angebracht. Bei der Diskussion in der Fraktion stellte sich die Frage, ob die Ansätze für Entschädigungen an den Kantonsrat und nicht nur das Sitzungsgeld des Kantonsrats grundsätzlich wieder einmal überprüft werden müssten.

Trotz allen Überlegungen ist eine knappe Mehrheit der FDP-CVP-JF-Fraktion der Ansicht, dass der jetzige Zeitpunkt so kurz nach dem Sparpaket der falsche sei, um isoliert das Sitzungsgeld auf 200 Franken zu erhöhen. Eine knappe Mehrheit unserer Fraktion wird deshalb den Antrag des Büros zur Erhöhung des Sitzungsgeldes ablehnen.

Till Aders (AL): Unsere Fraktion wird diesen Antrag einstimmig annehmen. Die dafür sprechenden Argumente haben Sie bereits von Walter Hotz gehört; er hat dies plausibel dargelegt.

Ich möchte noch drei persönliche Bemerkungen anbringen. Zuallererst zu Pentti Aellig, der sagte, dass es der falsche Zeitpunkt sei, als frisch gewählte Kantonsräte zu Beginn der Amtszeit gleich als erstes das Sitzungsgeld zu erhöhen. Sie können in der Geschäftsordnung des Kantonsrats nachlesen, dass die Erhöhung des Sitzungsgeldes jeweils auf Beginn der Legislatur vorgesehen ist. Zur Frage von Beat Hedinger, was die Arbeit wert sei: Er hat schön dargelegt, dass wir den Wert der Arbeit, die wir leisten, nicht mit Geld bemessen. Es wurde bereits mehrfach erwähnt, dass es ein Beitrag der Anerkennung sei, denn wenn wir die Arbeit mit Geld aufwiegen müssten, wären die Beträge wahrscheinlich um ein X-faches höher. Beat Hedinger hat ebenfalls erwähnt, dass die Sitzungsbelastung bei Selbstständigerwerbenden zu Lohnausfällen führe. Das ist mitnichten nur bei Selbstständigerwerbenden so. Sie alle könnten vielleicht einmal offenlegen, ob Sie Sitzungsgelder und Lohn in der Zeit, in der Sie hier sind, beziehen. Bei mir ist es definitiv nicht so: Ich nehme jeweils einen halben Tag frei und bin nicht selbstständigerwerbend.

Jürg Tanner (SP): An die Anfänger, die bei diesem Geschäft nach vorne geschickt wurden: Sie können nicht wissen, dass in diesem Rat die Fraktionsentschädigung gekürzt wurde. Das war unser Beitrag an das Sparpaket und im Gegensatz zu anderen Massnahmen, die vor allem von der SVP vors Volk gebracht wurden, ist diese Kürzungen tatsächlich realisiert worden. Es ist interessant, von einem glühenden USR III-Befürworter zu hören, was die Sitzungsgelderhöhung für eine Belastung wäre und gleichzeitig Steuerausfälle in Milliardenhöhe für uns Land in Kauf zu nehmen. Das ist ein beachtlicher Einstieg, Pentti Aellig. Solche Widersprüche, dafür bin ich bekannt, werden immer gekontert.

Die Haltung unserer Fraktion zur Erhöhung der Sitzungsgelder war nicht unumstritten. Grossmehrheitlich befinden wir diesen Antrag aber für gut. Ich habe bereits bei den Fraktionsentschädigungen gesagt, dass wir uns überlegen müssten, was wir uns Wert seien. Wenn jemand in diesem Rat auf einen Bruttolohn von zwanzig Franken kommt, dann ist er schon gut bedient. Ich habe es ausgerechnet, es ist wahrscheinlich noch weniger. Wenn in derselben Zeit meine Putzfrau mein Büro reinigt, dann hat sie den gleichen Ansatz wie ich. Wir haben heute den Bankrat gewählt. Dem gestehen wir das X-fache bei gleichem Pensum zu. Den Regierungsräten, die wir eigentlich beaufsichtigen sollten, gestehen wir ebenfalls das X-fache zu.

Es ist eine Abstimmung darüber, wie hoch man sich einschätzt und wie hoch wir unsere Arbeit bewerten. Ich bin gespannt. Wir werden dann sehen, dass die Wertigkeiten zwischen Links und Rechts wahrscheinlich etwas anders ausfallen werden. Ich bin stolz darauf, dass wir auf der linken Seite unsere Arbeit so einschätzen, dass sie einigermaßen adäquat bezahlt werden sollte.

Arnold Isliker (SVP): Ich spreche für die Minderheit der SVP-EDU-Fraktion. Im Gegensatz zum Gros der Fraktion sprechen wir uns für eine Erhöhung des Sitzungsgeldes aus. Dies begründe ich wie folgt. Erstens ist eine Erhöhung unumgänglich, wenn wir in diesem Rat weiterhin Mitglieder aus KMU-Betrieben haben wollen. Leider sind die momentane und die zukünftige Situation für KMU-Mitglieder auf dem Arbeitsmarkt sehr angespannt. Viele von uns träumen von einem Salär wie dem einiger kantonalen und städtischer Angestellter, die zusätzlich 15 Tage für die Ratsarbeit zugesprochen erhalten, 180 Franken Sitzungsgeld beziehen sowie den regulären Lohn erhalten. Sollte dem nicht so sein, lasse ich mich gerne belehren. Wenn wir wieder einen durchmischten Ratsbetrieb wollen, der auch den KMU gerecht würde, sollte man sich überlegen, die Sitzungen auf Mittwochmorgen oder -abend, 17.00 bis 21.00 Uhr, zu verlegen. Für Fraktionsmitarbeit, Grossstadträte und Einwohnerräte scheint dies auch zu funktionieren. Es würde auch effizient gearbeitet werden, weil jeder nach Hause will. Ich bin noch zu dreissig Prozent angestellt und hätte heute Morgen früh eigentlich meine Mitarbeiter einteilen sollen; das ist nun nicht passiert. Wenn wir die 200 Franken für Ratsarbeit, Fraktion und Studium der Akten aufteilen, dann verdient jede Putzfrau pro Stunde mehr, sofern sie deklariert und angemeldet ist und AHV bezahlt.

Ich zeige Ihnen nun einige Beispiele auf, wie die Ratsmitglieder in umliegenden Kantonen entschädigt werden. Für Gewerbetreibende sollte die Entschädigung, berechnet man den Ausfall, eigentlich 500 Franken betragen. Im Kanton Zürich erhält ein Ratsmitglied 200 Franken Sitzungsgeld pro Halbtage Kantonsrats- und Kommissionssitzung. Dazu gibt es noch zirka 500 Franken pro Monat – das gibt 6'000 Franken pro Jahr – und ein ZVV-Jahresabo. Im Kanton Aargau wird eine Spesenentschädigung von pauschal 4'000 Franken pro Jahr ausbezahlt. Dazu kommen 150 Franken pro Halbtage Sitzungsgeld, zwanzig Franken Essensgutschein, keine Pensionskassenbeiträge und keine Steuern. Im Kanton Thurgau werden 150 Franken pro halber Tag und 250 Franken für eine ganztägige Sitzung ausbezahlt. Ausserdem werden 300 Franken Spesenentschädigung sowie 150 Franken pro Teilnahme an einer Fraktionssitzung bezahlt. Der Kanton Bern ist Spitzenreiter in Sachen Entschädigung: Ein Ratsmitglied erhält 280 Franken pro Halbtage plus hundert Franken zusätzlich für den weiteren halben Tag sowie 2'000 Franken Spesen pro Quartal.

Aus diesen Gründen stimmen wir Wenigen der SVP-EDU-Fraktion dem massvollen Aufschlag von zwanzig Franken zu, zumal der Beitrag für die Parkgebühren für die Ratsmitglieder gestrichen wurde. So schlecht geht es dem Kanton nun auch wieder nicht, schaut man sich die jüngsten Zahlen an und sieht, wie in einzelnen Departementen per Ende Jahr die Budgets noch aufgebraucht werden müssen. Ebenso frage ich mich, wieso der gesamte Regierungsrat den ganzen Tag im Ratssaal sitzt, wo er doch auch andere Arbeiten im Rathaus tätigen könnte. Ich stimme dem Antrag des Büros zu. Stellen Sie sich vor, wie gross der Aufschrei in der Bevölkerung wäre, wenn wir in vier Jahren einen Sprung von hundert Franken riskieren würden.

Peter Scheck (SVP): Ich bin ein vehementer Gegner dieser Vorlage. Es wäre einfach nur peinlich, wenn dieser Rat eine Sitzungsgelderhöhung beschliessen würde. Wenn ich auf die letzte Legislaturperiode zurückschaue, dann stelle ich fest, dass sogar jede schlechte Putzfrau effizienter arbeitet als dieser Rat. Ganz besonders gereizt hat mich dieser dumme Parfum-Werbespruch: «Weil Sie es sich wert sind.» Das gehört nicht hierher. Wir sind uns bewusst, dass wir eigentlich zu wenig Geld für unsere Arbeit erhalten, sie ist aber ein Ehrenamt und dafür stehe ich ein.

Christian Heydecker (FDP): Es wird Sie vielleicht überraschen, aber ich werde dieser Vorlage zustimmen. Im Leitartikel der Schaffhauser Nachrichten vom 31. Dezember 2016 hatte Robin Black einen bemerkenswerten Artikel geschrieben. In diesem ging es unter anderem darum, dass *Politiker-Bashing* heute zum guten Ton gehöre. Die Politiker würden den ganzen Tag nur rumsitzen, ineffizient herumschwatzen und dem Staat betreffend Sitzungsgelder in die Tasche greifen. Das ist in etwa der Grundtenor am Stammtisch. Wir dürfen jetzt nicht einfach den Kopf einziehen und versuchen, möglichst wenig aufzufallen. Wir sind nicht die Bösen. Wir dürfen selbstbewusst hin stehen und sagen, dass wir uns für das Gemeinwohl einsetzen. Jeden zweiten Montagmorgen sitzen wir hier und setzen uns für die Geschicke und für die Zukunft unseres Kantons ein. Wenn ich anschliessend in einer Gratiszeitung lese, dass die Kantonsräte 45 Franken pro Stunde absahnen würden, dann ist das auch *Politiker-Bashing*. Es ist mehrfach gesagt worden, dass es nur zwanzig bis 25 Franken seien, wenn man die Zeit für die Vorbereitung der Sitzung und die Fraktionssitzungen einberechne. Der Leserbrief vom Regionalsekretär des VPOD Schaffhausen von vergangenem Samstag war genauso dumm. In diesem heisst es, dass es eine Frechheit sei, wenn der Kantonsrat über eine Erhöhung der Sitzungsgelder diskutieren würde, da in den letzten Jahren die Teuerung negativ gewesen sei. Das sind genau dieselben Personen, die uns jedes Jahr kritisiert haben, wenn wir die Lohnsumme trotz negativer Teuerung

nur um 0.4 oder 0.5 Prozent erhöht haben. Gegen solches Politiker-*Bashing* müssen wir uns selbstbewusst wehren und nicht den Kopf einziehen. Die von Arnold Isliker aufgeführten Zahlen zeigen, dass wir uns auch im Quervergleich nicht schämen müssen.

Dieses Amt kostet mich sehr viel Geld, aber ich mache es auch sehr gern. Dennoch ärgert es mich, wenn ich mich für meine Tätigkeit als Kantonsrat rechtfertigen muss. Diese 200 Franken sind nicht überrissen und ergeben am Schluss einen Stundenlohn von etwa 25 Franken. Dafür müssen wir uns nicht schämen. Wenn gesagt wird, dass wir in den letzten Jahren Sparstunden gefahren seien und allerorts gespart hätten, darf ruhig erwähnt werden, dass wir bei uns selbst am meisten gespart haben. Bei der Fraktionsentschädigung haben wir nämlich dreissig Prozent gespart. In keinem anderen Bereich wurde der Sparstift so streng angesetzt.

Mit Blick auf die sich bessernde Finanzlage haben wir dem Personal im letzten Jahr die einprozentige Erhöhung der Lohnsumme gewährt. Man konnte ebenso in der Zeitung lesen, dass schwarze Zahlen in diesem Jahr möglich sein sollten. Der *Turnaround* ist also geschafft und auch deshalb ist es angezeigt, dass wir uns zwanzig Franken mehr Sitzungsgeld zusprechen.

1. Vizepräsident Walter Hotz (SVP), Sprecher des Büros: Ich bitte Peter Scheck, das Personalreglement der Stadt Schaffhausen Nr. 311.3, vor allem Art. 29 Abs. 2, genau zu studieren und sich Gedanken über das von ihm Gesagte zu machen.

Samuel Erb (SVP): Ich werde diesem Antrag zustimmen. Nicht deshalb, weil ich das Geld brauche, aber weil wir Wertschätzung für unsere Arbeit für den Kanton verdienen. Wir müssen der Bevölkerung klarmachen, was es heisst, Mitglied dieses Rats zu sein.

Detailberatung

Ziff. 1

Lorenz Laich (FDP): Ich bin etwas erstaunt darüber, dass genau diejenigen Kreise, die normalerweise sehr schnell das Wort «Abzockerei» in den Mund nehmen, nun mit sibyllinischen Worten die Erhöhung der Sitzungsgelder vertreten. Ich sehe auch, dass es durch die Parteien hindurch unterschiedliche Meinungen zur Erhöhung gibt. Meiner Ansicht nach sollten die pekuniären Interessen absolut im Hintergrund und die ehrenamtlichen

Aspekte im Mittelpunkt stehen. Aufgrund der Diskussion stelle ich den Antrag, das Sitzungsgeld anstatt auf 200 Franken auf 190 Franken zu erhöhen. Damit hätten wir etwas erhöht, aber in einem moderaten Rahmen.

Matthias Frick (AL): Eigentlich wollte ich nichts mehr sagen. Da nun aber ein Antrag gestellt wurde, will ich es mir nicht nehmen lassen, auch einen Antrag zu stellen. Ich hielte es für gut, wenn zwischen Kantonsratssitzungen und Kommissionssitzungen differenziert würde. Die Sitzung am Montagmorgen ist planbar, da die Termine bereits lange im Voraus bekannt sind. Es ist also möglich, frei zu nehmen oder die Arbeitszeiten so zu legen, dass man an der Kantonsratssitzung teilnehmen kann. Ausserdem kann man sich auch einfach in den Rat setzen, ohne dass man etwas gelesen oder sich vorbereitet haben muss. Das funktioniert bei den Kommissionssitzungen aber nicht. Es fällt auf, wenn man nicht vorbereitet ist. Die Kommissionssitzungen sind zudem weniger gut planbar und man muss oft freinehmen, um an einer teilnehmen zu können. Ich beantrage deshalb, dass das Sitzungsgeld für die Mitglieder des Kantonsrats 180 Franken und das Sitzungsgeld für die Mitglieder des Büros und der Kommissionen 200 Franken betragen sollen.

Andreas Schnetzler (EDU): Ich bitte Sie, beide Anträge abzulehnen. Ich gehöre zur Minderheit meiner Fraktion, die den Antrag des Büros unterstützt. Während ich einen Vormittag lang hier bin, habe ich momentan eine Baustelle zuhause. Für wie viele Stunden kann ich mit einem Sitzungsgeld einen Arbeiter auf meiner Baustelle entlönnen? Je nach Branche reicht es für zwei bis zweieinhalb Stunden. Für drei Stunden reicht es wohl nicht. Neben der Kantonsratssitzung gibt es auch noch Fraktionssitzungen und Vorbereitungen für die Sitzungen, weshalb ich den Antrag des Büros unterstütze. Die Erhöhung auf 190 Franken halt ich für einen halbgaren Vorschlag. Entweder wir erhöhen nicht oder dann um zwanzig Franken.

Abstimmung

Mit offensichtlichem Mehr wird der Antrag von Matthias Frick abgelehnt.

Abstimmung

Mit 34 : 3 wird der Antrag von Lorenz Laich abgelehnt.

Abstimmung

Mit 34 : 24 wird einer Erhöhung des Sitzungsgeldes um zwanzig Franken auf 200 Franken zugestimmt.

Schlussabstimmung

Mit 33 : 23 Stimmen wird dem Beschluss über das Sitzungsgeld für die Mitglieder des Kantonsrats, des Büros und der Kommissionen zugestimmt. – Das Geschäft ist erledigt.

Schluss der Sitzung: 17:10 Uhr